

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

10.10.2016

Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sondersitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 10. Oktober 2016

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 21:35 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Herr Ulf Burmeister
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Luisa Heide
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Torsten Hoebel
Herr Heiko Jaap
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Jörg Neubert
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Dr. Antje Steveling
Herr Erik von Malottki
Frau Dr. Monique Wölk
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Frau Rita Duschek
 Herr Rudi Duschek
 Herr Dr. Jörn Kasbohm
 Herr Lutz Jesse
 Frau Karola Lüptow
 Herr Professor Dr. Thomas Treig

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
5. Wahl des Präsidiums
- 5.1. Wahl der 1. Vizepräsidentin/des 1. Vizepräsidenten der Bürgerschaft
6. Beratung der Beschlussvorlagen
- 6.1. Abberufung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Abwasserwerk Greifswald 06/785
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.2. Zustimmung zur Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die WVG 06/771.1
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 6.3. Aufgabenübernahme durch die Stadt und Änderung der Eigenbetriebssatzung des Seesportzentrums Greif hinsichtlich des Gegenstandes 06/772.1
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 6.4. Jahresabschluss 2015 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 06/758
Abwasserwerk Greifswald, Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 6.5. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „R. Petershagen“ 06/755.2
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.6. Annahme einer Spende für den Hort „Kunterbunt“ 06/756.2
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.7. Schaffung von Beamtenplanstellen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2017 - 2018 06/630.1
Oberbürgermeister, Amt 10
- 6.8. Vermögensauseinandersetzung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald 06/750
Dez. I, Amt 30
- 6.9. Grundsatzbeschluss zur Entwicklung von Wohnbauflächen südlich der Stadtrandsiedlung 06/748
Dez. II, Amt 60
- 6.10. Städtischer Fuhrpark 06/773.1
Fraktion DIE LINKE, Jörg Neubert, Milos Rodatos, SPD-Fraktion, interfraktionell angestrebt
- 6.11. Mobilität: CarSharing und Elektromobilität im Verkehrsverbund 06/774.1
Fraktion DIE LINKE, Jörg Neubert, Milos Rodatos, interfraktionell angestrebt

- | | | |
|-------|---|----------|
| 6.12. | Ausgabe Bewohnerparkausweise an Hauptwohnsitz koppeln & Ausweitung Kontrollen
SPD-Fraktion, Fraktion B90/DIE GRÜNEN | 06/779 |
| 6.13. | Fahrradstraße Innenstadt
Herr Dr. Ulrich Rose | 06/782.1 |
| 6.14. | Erweiterung Tourismuskonzept und Maßnahmeumsetzung
Herr Dr. Ulrich Rose | 06/783 |
| 6.15. | Die Pflicht des Landes, ihre kommunale Selbstverwaltung zu fördern, um ihr Freiräume zu sichern
Herr Dr. Ulrich Rose | 06/784.1 |
| 6.16. | Überarbeitung der Planung zu Baumfällungen bei der Städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Aufwertung Ostseevierviertel – Parkseite, Umgestaltung Verkehrsanlage Trelleborger Weg“
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 06/803 |
| 7. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 8. | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 9. | Mitteilungen der Präsidentin | |
| 10. | Schluss der Sitzung | |

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft
 . eröffnet die Sitzung der Bürgerschaft, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf und schlägt einige Änderungen vor.

(Die geänderte Tagesordnung ist als Anlage zum Protokoll beigefügt.)

Herr Dr. Rose zieht Top 6.14 zurück.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 4. Beschlusskontrolle

Keine Anmerkungen

TOP 5. Wahl des Präsidiums**TOP 5.1. Wahl der 1. Vizepräsidentin/des 1. Vizepräsidenten der Bürgerschaft**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt nach Vorschlägen für die/den 1. Vizepräsidentin/en.

Herr Dr. Kerath schlägt Frau Luisa Heide vor.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Frau Socher informiert kurz über die gesetzlichen Regelungen zu einer solchen Wahl.

Herr Dr. Meyer beantragt geheime Wahl.

Frau Socher nimmt die Vorschläge für den Wahlvorstand entgegen:

CDU-Fraktion:	Herr Axel Hochschild
Fraktion DIE LINKE:	Frau Marion Heinrich
SPD-Fraktion:	Herr Dr. Andreas Kerath
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:	Herr Dr. Ullrich Bittner

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über diesen Wahlvorstand abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Die Stimmzettel werden ausgedruckt.

Die Wahlurne und die Wahlkabine werden überprüft. Es gibt keine Beanstandung.

Frau Socher ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine auf.

Nach der Wahl gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen:	37
Gültige Stimmen:	37
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	12
Ungültige Stimmen:	0

Frau Luisa Heide ist zur 1. Vizepräsidentin gewählt.

Frau Socher

. bedankt sich bei Frau Dr. Steveling als ehemalige zweite Vizepräsidentin für die Zusammenarbeit.

Herr Hoebel

. fragt, wie in diesem Fall eine Nein-Stimme ausgesehen hätte.

Da hier Uneinigkeit herrscht, empfehlen Frau Schlegel und der Wahlvorstand den ersten Wahlgang zu wiederholen.

Frau Socher lässt darüber abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	4	4

Es wird erneut geheime Wahl beantragt.

Die Stimmzettel werden ausgedruckt.

Die Wahlurne und die Wahlkabine werden überprüft. Es gibt keine Beanstandung.

Frau Socher ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine auf.

Nach der Wahl gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen:	37
Gültige Stimmen:	37
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	14
Ungültige Stimmen:	0

Frau Luisa Heide ist zur 1. Vizepräsidentin gewählt.

TOP 5.2. Wahl der 2. Vizepräsidentin/des 2. Vizepräsidenten der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt nach Vorschlägen für die/den 2. Vizepräsidentin/en.

Herr Hochschild

. schlägt Herrn Thomas Mundt vor.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Herr Dr. Meyer

. beantragt erneut geheime Wahl.

Der Wahlvorstand bleibt so, wie zur Wahl des/der 1. Vizepräsidenten/in aufgestellt, bestehen.

Herr Dr. Ott

. beantragt, dass auf dem Wahlzettel für diese Wahl Ankreuzmöglichkeiten zwischen „Ja“ und „Nein“ bestehen

Dies wird angenommen.

Die Stimmzettel werden ausgedruckt.

Die Wahlurne und die Wahlkabine werden überprüft. Es gibt keine Beanstandung.

Frau Socher ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine auf.

Nach der Wahl gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen:	37
Gültige Stimmen:	36
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	10
Ungültige Stimmen:	1

Herr Thomas Mundt ist als 2. Vizepräsident gewählt.

TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen**TOP 6.1. Abberufung/Umbesetzung/Neubesetzung****TOP 6.1.1. Abberufung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Abwasserwerk Greifswald**

06/785 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Liedtke

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. gibt einen Rückblick auf die Arbeitsjahre von Herrn Lorke.

. bedankt sich für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob Herr Lorke Rederecht erhält:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Lorke

. fasst kurz die Erfolge der letzten Jahre zusammen und bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beruft Herrn Detlef Lorke mit Ablauf des 31.10.2016 als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Abwasserwerk ab.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.1.2. Nachbesetzung Rechnungsprüfungsausschuss

06/787 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau Dr. Monique Wölk wird Nachfolgerin für Prof. Dr. Wolfgang Joecks als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.1.3. Nachbesetzung Aufsichtsrat Theater Vorpommern GmbH

06/813 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B396-15/16 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Norbert Braun wird Nachfolger für Prof. Dr. Wolfgang Joecks als Mitglied des Aufsichtsrates der Theater Vorpommern GmbH.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.2. Zustimmung zur Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die WVG

06/771.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Kerath

. beantragt das Rederecht für Herrn Adomeit (Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald).

Frau Socher lässt darüber abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen

einstimmig	0	0
------------	---	---

Nach längerer Diskussion stellt **Herr Dr. Steffens** den Antrag zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, dass die Beschlussvorlage zurück in die Fachausschüsse verwiesen wird.

Herr Hoebel hält eine Gegenrede.

Frau Socher lässt darüber abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	mehrheitlich	0

Nach kurzer Diskussion bringt **Herr Krüger** folgenden Änderungsantrag ein, der ergänzend zum Beschlussvorschlag eingefügt werden soll:

Die Bürgerschaft empfiehlt:

1. *den § 11 des Gesellschaftsvertrages der WVG mbH einer Überprüfung zu unterziehen und bei Bedarf die Mitgliedszahl von 12 auf 15 anzupassen,*
2. *dem Aufsichtsrates WVG mbH einen Fachunterausschuss für die Tochtergesellschaften einzurichten.*

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	19	8	einige

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt

1. *die Zustimmung zur Gründung der SoPHi Greifswald GmbH durch die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG).*
2. *die Zustimmung zum Gesellschaftsvertrag der SoPHi Greifswald GmbH und zum Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages.*
3. *die Bestellung von Herrn Adomeit als Gründungsgeschäftsführer sowie die Bestellung des/der Pflegedienstleiters/in zum/zur weiteren Geschäftsführer/in.*
4. *Der Oberbürgermeister wird zur entsprechenden Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der WVG nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen gemäß §77 KV M-V ermächtigt.“*

Die Bürgerschaft empfiehlt:

1. *den § 11 des Gesellschaftsvertrages der WVG mbH einer Überprüfung zu unterziehen und bei Bedarf die Mitgliedszahl von 12 auf 15 anzupassen,*
2. *dem Aufsichtsrates WVG mbH einen Fachunterausschuss für die Tochtergesellschaften einzurichten.*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	25	11	1

Pause

19:57 – 20:07 Uhr

Frau Dr. Schwenke nimmt nicht mehr an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

TOP 6.3. Aufgabenübernahme durch die Stadt und Änderung der Eigenbetriebssatzung des Seesportzentrums Greif hinsichtlich des Gegenstandes

06/772.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt, dass

1. die *Betreibung des Strandbades Eldena und die Verwaltung des dazugehörigen Geländes vom Eigenbetrieb Seesportzentrum Greif auf die Stadt- in den Zuständigkeitsbereich des Immobilienverwaltungsamtes zurückübertragen wird.*

2. die *Eigenbetriebssatzung hinsichtlich des Gegenstandes- wie in Anlage 1 dargestellt- geändert wird.* “

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer, Herr Burmeister, Herr Jaap, Herr Prof. Dr. Hardtke und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 6.4. Jahresabschluss 2015 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/758

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit*

<i>einer Bilanzsumme von</i>	<i>53.168,3</i>
<i>davon einem Eigenkapital von</i>	<i>12.150,9</i>
<i>und einem Jahresüberschuss von</i>	<i>946,3</i>

festgestellt.

Aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 946.381,97 und dem Gewinnvortrag in Höhe von 53.677,39 werden 408.379,21 € an den Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abgeführt.

*Der zweckgebundenen Rücklage werden 346.100 € zugeführt.
Der Restbetrag in Höhe von 245.580,15 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
Der Lagebericht 2015 wird genehmigt.
Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.*

- Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der KPMG AG Hamburg mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Abwasserwerkes durch den Landesrechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer, Herr Burmeister, Herr Jaap, Herr Prof. Dr. Hardtke und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 6.5 Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „R. Petershagen“

06/755.2 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende des Fördervereins der Kindertagesstätte „R. Petershagen“ in Höhe von 3.800,00 € für die Kindertagesstätte „R. Petershagen“ Die Spende ist zweckgebunden und dient der teilweisen Finanzierung einer neuen Nestschaukel.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer, Herr Burmeister, Herr Al Najjar und Herr Liedtke sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 6.6. Annahme einer Spende für den Hort „Kunterbunt“

06/756.2 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende des „Förderverein Pommersche Heimat e.V.“ in Höhe von 1.500,00 € für den Hort „Kunterbunt“. Die Spende ist zweckgebunden und dient der teilweisen Finanzierung zur Ausstattung eines Kletterraumes.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer, Herr Burmeister und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 6.7. Schaffung von Beamtenplanstellen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2017 - 2018

06/630.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt, die Stellen der nachfolgenden Tabelle im Stellenplan 2017-2018 in Beamtenplanstellen umzuwandeln.“

lfd. Nr.	Org.-Nr.	Abteilung/Einrichtung	Bezeichnung der Stelle	LaufbGr./Einstiegsamt
1	10.01.00.001.0	Organisation	Abteilungsleiter/in	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt
2	14.00.00.002.0	Rechnungsprüfungsamt	Technische/r Prüfer/in	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt
3	14.00.00.003.0	Rechnungsprüfungsamt	Prüfer/in	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt
4	20.02.01.002.0	Stadtkasse und Vollstreckung	Stellv. Kassenverwalter/in/ SB Vollstreckung	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt
5	32.03.00.002.0	Ordnungsamt	SB Meldewesen	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt

6	60.01.00.007.0	Bauverwaltung	SB Beitragswesen	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt
7	60.04.00.001.0	Untere Bauaufsichts- behörde	Leiter/in untere Bauauf- sichtsbehörde	LaufbGr. 2, 1. Einstiegsamt

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	6	4

Herr Dr. Meyer, Herr Burmeister und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 6.8. Vermögenseinwanderung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald

06/750 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B403-15/16 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Landkreis Vorpommern-Greifswald und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß § 12 Abs. 1 des Landkreisneuordnungsgesetzes M-V (LNOG M-V) abzuschließen und ermächtigt den Oberbürgermeister, alle zum Vertragsschluss erforderlichen Erklärungen abzugeben. Diese Ermächtigung gilt auch für den Fall, dass eine notarielle Beurkundung einzelner Erklärungen zum Vertragsvollzug oder des gesamten Vertrages erforderlich wird.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Herr Dr. Meyer, Herr Burmeister und Herr Al Najjar sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 6.9. Grundsatzbeschluss zur Entwicklung von Wohnbauflächen südlich der Stadtrandsiedlung

06/748

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Nach kurzer Diskussion lässt Frau Socher über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- 1. Die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen südlich der Stadtrandsiedlung entsprechend des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu forcieren und die entsprechenden Abstimmungen und Planungsschritte einzuleiten.*
- 2. Bezüglich der angestrebten verkehrlichen Anbindung der neuen Wohnbauflächen südlich der Stadtrandsiedlung über eine Verlängerung der Herrenhufenstraße bis an die Loitzer Landstraße/ L261 sind durch die Verwaltung Abstimmungen mit der Gemeinde Hinrichshagen, dem Amt Landhagen und dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern zu führen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	2

TOP 6.10. Städtischer Fuhrpark

06/773.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Neubert bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister stellt eine PowerPoint-Präsentation vor.*(Diese wird als Anlage zum Protokoll beigelegt.)*

Nach kurzer Diskussion lässt Frau Socher über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt, dass die Fahrzeuge der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sowie ihrer Eigenbetriebe und –gesellschaften durch ein einheitliches Fuhrparkmanagement zu betreiben sind. Für weitere Gesellschaften mit mittelbarer oder unmittelbarer städtischer Beteiligung soll geprüft werden, ob sie in das Fuhrparkmanagement einbezogen werden könnten.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen geeigneten Träger für dieses Fuhrparkmanagement zu identifizieren. Hierbei sind Varianten zu prüfen in denen die Stadt selbst den Fuhrpark verwaltet, dies einem städtischen Eigenbetrieb überlässt oder das Management an Dritte abgibt.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt Standards für die die künftige Entwicklung des Fuhrparks zu erarbeiten und sich hierbei an der Verordnung (ER) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates [1] orientieren, die ab 2020 bei Neufahrzeugen einen Flottenausstoß von 95g CO₂ pro Kilometer vorschreibt.

Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, die Beschaffungsrichtlinie für Fahrzeuge der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu überarbeiten und dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung vorzulegen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein Konzept für die Weiterentwicklung des betrieblichen Mobilitätsmanagements für die Mitarbeiter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vorzulegen. Hierzu sind bestehende Bedarfsanalysen zu überarbeiten. In diesem Konzept sind neben dem PKW-Fuhrpark auch die Nutzung des ÖPNV sowie von Fahrrädern mit und ohne unterstützenden Elektroantrieb zu berücksichtigen. “

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	4	5

TOP 6.11. Mobilität: CarSharing und Elektromobilität im Verkehrsverbund

06/774.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Neubert bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister

. regt an, im ersten Absatz die Zeitspanne bis zum Ende 2017 zu erweitern. Außerdem schlägt er vor, im 5. Absatz das Wort „Marktplatz“ durch „Innenstadt“ zu ersetzen.

Lediglich der erste Änderungsvorschlag vom Oberbürgermeister wird vom Einbringer übernommen. Herr Neubert ändert das Datum im ersten Absatz in: 31.12.2017.

Nach längerer Diskussion lässt Frau Socher über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31.12.2017 ein Konzept zur „geteilten Mobilität“ für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu entwickeln. Insbesondere soll das bestehende CarSharing-Angebot ausgeweitet werden. Folgende Parameter sind für das Gesamtkonzept zu prüfen.

Duale Fahrzeugnutzung: Teile des städtischen Fuhrparks sollen außerhalb der Geschäftszeiten als CarSharing-Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Es soll eine größere Vielfalt an Fahrzeugklassen für das CarSharing zur Verfügung stehen um unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Die Flotte soll auch Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb und/oder Hybridantrieb beinhalten. Entsprechende Ladestationen sollen mit Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung oder Strom aus regenerativen Quellen betrieben werden.

Entsprechend der Förderung von E-Mobilität im Rahmen des CarSharings, des Fuhrparkmanagements und des betrieblichen Mobilitätsmanagements soll parallel eine grundlegende Ladeinfrastruktur aufgebaut

werden. Im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit soll jedoch auch die Schaffung eines CarSharing-Standorts mit E-Ladesäule am Marktplatz geprüft werden.

Die Standorte für CarSharing-Fahrzeuge sollen vielfältiger werden. Insbesondere in Bereichen mit hoher Bevölkerungsdichte (Schönwalde I und II, Ostseeviertel) sollen Standorte entwickelt werden.

Die Tarife des CarSharings sollen vielfältiger werden, um Bedarfen unterschiedlicher Nutzer (Gelegenheitsnutzer, Vielnutzer) gerecht zu werden. Eine Kombination aus Tarifen für das CarSharing und den Öffentlichen Personennahverkehr im Rahmen einer Mobilitätskarte soll geprüft werden.

Das Buchungs- und Belegungssystem muss verbessert werden. Kunden sollen einfach herausfinden können, welche Fahrzeuge an welchen Standorten und zu welchen Zeitpunkten verfügbar sind. Zu diesem Zweck sollte auch eine Applikation für mobile Endgeräte verfügbar sein.

Es soll geprüft werden, ob eine Kooperation mit Umlandgemeinden oder auch mit der Hansestadt Stralsund möglich und sachdienlich ist.

Für das CarSharing-Angebot muss ein Marketingkonzept entwickelt und umgesetzt werden.

Zusätzlich soll geprüft werden, ob die Stadt auch private CarSharing-Angebote fördern oder unterstützen kann.

Die Nutzung des bestehenden CarSharing-Angebots soll evaluiert und diese Evaluation mit der Verbesserung des Angebots im Hinblick auf die Ziele des CarSharings fortgeführt werden.

Ähnlich dem CarSharing-System soll komplementär ein Leihsystem für Lastenräder entwickelt werden.

Weiterhin soll geprüft werden, ob für das Gesamtprojekt oder Teile des Konzeptes sowohl in der Planung, als auch in der Umsetzung Förderungen durch Programme des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union möglich sind.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	12	3

TOP 6.12. Ausgabe Bewohnerparkausweise an Hauptwohnsitz koppeln & Ausweitung Kontrollen

06/779.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B407-15/16

Frau Dr. Wölk bringt die Beschlussvorlage ein.

Nach längerer Diskussion erklärt **Herr Dr. Rose**, vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen zu sein.

Nach kurzer Diskussion lässt Frau Socher über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die Ausgabe von Bewohnerparkausweisen an den Hauptwohnsitz in der UHGW zu koppeln und die Kontrollen zur Einhaltung der Parkregelung auf die Abend-/Nachtstunden und Wochenenden auszuweiten. Darüber hinaus sollen die Nacht-Tarife der GPG für die öffentlichen Parkplätze und Parkhäuser hinsichtlich ihrer Nutzungsfreundlichkeit überprüft und attraktiver gestaltet werden. Die GPG soll hierzu einen Vorschlag machen, der ab 01.01.2017 umgesetzt werden kann.“

Der Beschluss zur Fortschreibung des Parkraumkonzeptes aus dem Jahr 2010 (Beschl.-Nr. B259-12/10) wird

1) unter Punkt 4 folgendermaßen geändert:

[Die Bürgerschaft beschließt] die Beschränkung der Ausstellung von Bewohnerparkausweisen in allen Parkbereichen auf Bewohner mit Hauptwohnsitz in Greifswald.

2) zu Punkt 6 erneut abgestimmt:

[Die Bürgerschaft beschließt] die Ausweitung der Kontrollen zur Einhaltung der Parkregelungen auf Abendstunden und Wochenenden.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	12	3

TOP 6.13. Fahrradstraße Innenstadt

06/782.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

Nach längerer Diskussion stellt **Herr Burmeister** folgenden Änderungsantrag, der den Beschlussvorschlag vollständig ersetzen soll:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die gegenwärtige Situation auf der Fahrradstraße zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vorzuschlagen.

Frau Socher lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	15	

Nach längerer Diskussion lässt Frau Socher über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die gegenwärtige Situation auf der Fahrradstraße zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vorzuschlagen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	1

TOP 6.14. Erweiterung Tourismuskonzept und Maßnahmeumsetzung

06/783 zurückgezogen (siehe TOP 2, Seite 4)

TOP 6.15. Die Pflicht des Landes, ihre kommunale Selbstverwaltung zu fördern, um ihr Freiräume zu sichern

06/784.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

Nach kurzer Diskussion lässt Frau Socher über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Aufstellung der übertragenen Aufgaben zu machen, bei denen ersichtlich ist, dass das Konnexitätsprinzip nicht gewahrt wurde und im Falle der Nichtwahrung entsprechende Maßnahmen zur Durchsetzung des Konnexitätsprinzips einzuleiten.“

Angesichts der Haushaltsüberschüsse des Landes ist dabei zu überprüfen, ob die Vorgaben des Landesverfassungsgerichtes Urteil vom 11. Mai 2006 - LVerfG 1/05, LVerfG 5/05, LVerfG 9/05

<http://www.landesverfassungsgericht-mv.de/cgi-bin/land-mv/lvg/presse/details.pl?kenner=aktuelle&pos=55>

eingehalten werden, vor allem in Hinsicht auf Leitsatz 7:

„Bei Anwendung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes muss laufend beobachtet werden, ob die Vermutung, die Ausgaben und die Einnahmen entwickelten sich beim Land und bei den Kommunen gleichmäßig, noch zutrifft.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	mehrheitlich	7

TOP 6.16. Überarbeitung der Planung zu Baumfällungen bei der Städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Aufwertung Ostseevierteil – Parkseite, Umgestaltung Verkehrsanlage Trelleborger Weg“
06/803

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Krüger bringt die Beschlussvorlage ein.

Nach längerer Diskussion lässt Frau Socher über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen für Baumfällungen bzw. Neupflanzungen für die städtebauliche Sanierungsmaßnahme „Aufwertung Ostseevierteil – Parkseite, Umgestaltung Verkehrsanlage Trelleborger Weg“ zu überarbeiten.

Ziel der Überarbeitung ist der Erhalt von mehr Bäumen, als in der Informationsvorlage DS 06/754 vorgestellt, und ökologisch sinnvolle Neupflanzungen vor Ort.

Die Überarbeitung erfolgt gleichberechtigt und gemeinsam durch das zuständige Fachamt, das Planungsbüro sowie den Nabu Greifswald.

Eine erneute Vorstellung der Maßnahme im Fachausschuss ist nur dann erforderlich, wenn die Expertenrunde kein gemeinsames Ergebnis findet.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	17	1

TOP 6.17. Verwendung der zugewiesenen Mittel für das ehemalige Betreuungsgeld

06/781.3 Dieser TOP wurde vor TOP 6.1 behandelt. (siehe TOP 2, Seite 4)

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Spring stellt den Änderungsantrag, Punkt 1 zu streichen.

Nach kurzer Diskussion lässt Frau Socher über den Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	mehrheitlich	2

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- 1) *Die Elternbeiträge für Kinderkrippenplätze von Selbstzahlern werden für die Jahre 2017 und 2018 auf höchstens 300 Euro unter der Voraussetzung begrenzt, dass der Verwendungszweck der Zuweisungsverträge für die Jahre 2017 und 2018 dies zulässt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kindertagesstätten und den betroffenen Eltern ein Konzept zur unbürokratischen Umsetzung vorzulegen. Hierfür sind Mittel des kommunalen Anteils aus dem ehemaligen Betreuungsgeld zu nutzen.*
- 2) *Allen Kindertagesstätten in Greifswald ist ein Budget zur qualitativen Förderung der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Die Höhe des Budgets bemisst sich an den Mitteln des kommunalen Anteils aus dem ehemaligen Betreuungsgeld nach Erfüllung von Punkt 1).*
- 3) *Die Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf, die Landesmittel für den KiTa-Bereich spürbar zu erhöhen und langfristig die Kindertagesstätten in Mecklenburg Vorpommern beitragsfrei zu stellen.*
- 4) *Von den aus dem ehemaligen Betreuungsgeld vom Landkreis zugewiesenen Mitteln in Höhe von 139.168,83 € werden 45.000,00 € zum Ausgleich der Unterdeckung des Anteils der*

Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten der Kinder in Kindertagesstätten freier Träger verwendet (voraussichtliche Unterdeckung: 98.000,00 €; siehe Hochrechnung freie Träger).“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	8

TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Dr. Fassbinder

. teilt mit, dass Herr Wittenbecher sich voraussichtlich in der ersten Bürgerschaft nach dem 01.11.2016 vorstellen werde.

TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Lange

. fragt nach einem Sachstand zur Ausbaggerung des Industriefahfens.

Herr Hochheim

. erklärt, dass derzeit die Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Vertiefung der Fahrinne laufe. Im Moment könne man noch nicht genau sagen, ob es überhaupt zu einer Ausbaggerung kommen werde. Für die Zwischenlagerung des Baggergutes würden die entsprechenden Vorbereitungen bereits getroffen, unabhängig davon, ob es zu einer Ausbaggerung kommen werde oder nicht.

Herr Neubert

. sagt, dass bei der Diskussion in der Bürgerschaft diesbezüglich bereits mitgeteilt worden sei, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung schon vorliege.

. informiert, dass die Ernst-Moritz-Arndt-Universität sich wünschen würde, beim KAW-Gelände ein Parkhaus zu errichten, um den Bedarf in der Loeffler-Straße zu decken. Diesbezüglich fragt er, ob bereits jemand an die Verwaltung herangetreten sei.

Herr Hochheim

. antwortet, dass ihm zu diesem Wunsch nach der Errichtung eines Parkhauses noch nichts bekannt sei

. meint sich zu erinnern, dass damals gesagt worden sei, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung zu 99 % fertig gestellt sei.

TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher erinnert an die Delegationen aus Goleniów und Benxi.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft um 21:35 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Geänderte Tagesordnung
- PowerPoint Präsentation zu TOP 6.10 vom Oberbürgermeister